



Russische Innenpolitik Juni 2017

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Juli 2017

Zusammenfassung

Am 15. Juni 2017 hielt Präsident Wladimir Putin seinen 15. „direkten Draht“ mit der Bevölkerung, der von den sechs führenden Fernseh- und Rundfunkstationen als Live-Gespräch übertragen wurde. Die Außenpolitik spielte praktisch keine Rolle. Die wichtigste Frage nach seiner Kandidatur zur Präsidentenwahl 2018 beantwortete Putin nicht. Zur Wirtschaft führte er aus, dass die Rezession überwunden sei und dass Russland sich auf dem Wachstumspfad befinde. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 %, die Inflation beträgt 4,2 %, die Devisenreserven belaufen sich auf 407 Mrd. \$. Am 14. Juni 2017 gründete der Föderationsrat die nicht ständige „Kommission zum Schutz der staatlichen Souveränität und der Verhinderung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands“. Es geht darum, wie Schlupflöcher geschlossen werden können, die einigen NGOs ausländische Finanzierung ermöglichen. In ihrer Rede vor der Staatsduma am 9. Juni 2017 bezweifelte die Präsidentin des russischen Rechnungshofs, Tatjana Golikowa, die Wirtschaftsprognosen der Regierung. So wird für 2017 ein Wachstum von 2,0 % angenommen. Im I. Quartal betrug das Wachstum laut der russischen Statistikbehörde ROSSTAT jedoch nur 0,5 %. Die realen Verbraucherausgaben gingen in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 1,4 % zurück, während die Regierungsprognose von einem Anstieg in diesem Jahr von 1,9 % ausgeht. Am 8. Juni 2017 analysierte die Leiterin der Analyseabteilung des Moskauer „Zentrums für politische Technologie“, Tatjana Stanowaja, dass sich für die Innenpolitik ein zweites Entscheidungszentrum herausbildet, neben dem üblicherweise zuständigen Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration, seit Oktober 2016 Sergej Kirijenko, und seinem Amtsvorgänger, dem jetzigen Vorsitzenden der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin. Ein Jahr vor der Präsidentenwahl beginnt demnach die politische Vertikale in zwei Teile zu zerfallen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Putins „direkter Draht“

Am 15. Juni 2017 – drei Monate später als geplant – führte Präsident Wladimir Putin zum 15. Mal seinen „direkten Draht“ mit der Bevölkerung durch, der von sechs führenden Fernseh- und Rundfunkstationen als Live-Gespräch übertragen wurde.¹ In fast vier Stunden beantwortete der Präsident 68 Fragen. Eingegangen waren 3,2 Mio. Fragen, weil neben dem Telefon auch SMS und die sozialen Medien genutzt wurden. Laut Auskunft von Pressesprecher Dmitrij Peskow sind die Fragen vielschichtiger und komplexer geworden. Die wichtigste Frage nach seiner Kandidatur zur Präsidentenwahl 2018 beantwortet Putin nicht. Doch gab er zu verstehen, dass er der einzige sei, der die Probleme womöglich in den sechs Jahren seiner neuen Amtszeit ab 2018 lösen könne.

Es wurden auch scharfe Fragen in das Live-Laufband eingeblendet wie z.B. „Wann gehen Sie?“, „Warum decken Sie korrupte Politiker aus Ihrem engsten Kreis?“, „Warum zahlen die Oligarchen keine Steuern in Russland?“, „Wollen Sie die Lorbeeren Breschnews?“, „Drei Amtszeiten reichen.“ Diese Fragen wurden aber nicht beantwortet. Der Kreml wollte offensichtlich zeigen, dass er kritische Fragen nicht scheut, die er aber dann nicht beantwortet, um Protesten keinen „Informationslärm“ zu geben.

Zu Beginn nahm Putin die zentrale Frage nach dem Ende der Wirtschaftskrise auf. Die Rezession der Wirtschaft sei überwunden, Russland bewege sich auf dem Wachstumspfad. In den letzten Jahren habe das Realeinkommen der Bürger abgenommen, die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum leben, habe zugenommen. In den letzten Jahren ist die Zahl dieser Menschen auf 13,5 % angewachsen. Putin beklagte die niedrige Arbeitsproduktivität infolge einer Wirtschaftsstruktur, die nicht zu Russland passe. Wenn die Arbeitsproduktivität nicht erhöht wird, werde es keine neuen Arbeitsplätze geben. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 %. Die Inflation beträgt gegenwärtig 4,2 %. Die Devisenreserven beziffern sich in diesem Jahr auf 407 Mrd. \$.

Putin gab sich etwas menschlicher, indem er auch persönliche Fragen zur Familie beantwortete. So sagte er, dass seine Tochter in Moskau lebe und in der Wissenschaft tätig sei. Das eine Enkelkind gehe bereits in den Kindergarten, das zweite Enkelkind sei vor Kurzem geboren worden.

Die Außenpolitik spielte praktisch keine Rolle, nur im kurzen separaten Gespräch nach dem Herausgehen mit einigen Journalisten. Der Politologe Jewgenij Mintschenko hat die Antworten Putins in einigen Punkten zusammengefasst:

- Es gibt keine große Sorge über die Situation in der Wirtschaft;
- Es wird auf Rüstungsindustrie und Infrastrukturprojekte gesetzt,
- Negatives wird in erster Linie mit den regionalen Regierungen und Behörden verbunden.²

Die Leiterin der Analyseabteilung des bekannten „Zentrums für politische Technologie“, Tatjana Stanowaja, kommt bei der Analyse der Kommunikation Putins mit den verschiedenen Fragern während seines „direkten

¹ <http://kremlin.ru/events/president/news/54790>

² <https://www.facebook.com/minchenko/posts/1709559279073509>



Drahts“ zu dem Ergebnis, dass das politische Regime den höchsten Reifegrad erreicht hat.³ Es ist hinsichtlich seiner politischen Entwicklung an der Decke angekommen. Putins Antworten waren, aus der öffentlichen Perspektive betrachtet, oberflächlich. Alles war zu hundert Prozent jeglicher Politik entkleidet. Praktisch vollständig hat Putin jeglicher programmatischen Sichtweise auf Schwierigkeiten eine Absage erteilt. Probleme, die ein strukturell-strategisches staatliches Herangehen erfordern (Medizin, Renten, Bildungsbereich), wurden auf die lokale private Ebene verlagert. Wenn es um die Verletzung von Menschenrechten geht, zieht Putin die alte Methode der Handsteuerung vor, doch jetzt mit dem Unterscheid, dass er sich als präziser Juwelier auf die niedrigsten Verwaltungsebenen begibt.

Einmischung des Föderationsrats in die Innenpolitik

Auf seiner 414. Sitzung gründete der Föderationsrat am 14. Juni 2017 die nicht ständige „Kommission zum Schutz der staatlichen Souveränität und der Verhinderung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands“.⁴ Der Vorsitzende des Komitees des Föderationsrats für internationale Beziehungen, Konstantin Kossatschew, erklärte, dass die Senatoren Vorschläge zur „Vervollkommnung der nationalen Gesetzgebung“ ausarbeiten werden. Die erste Sitzung der Kommission fand in Form einer Organisationssitzung unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsratskomitees für internationale Beziehungen, Andrej Klimow, am 27. Juni statt. Es wurden ein Arbeitsplan und die Aufgabenverteilung besprochen. Es sollen verschiedene Arbeitsgruppen gebildet und ein „Expertenrat“ eingerichtet werden.

Der Gründung der Kommission war am 7. Juni ein Hearing unter Leitung der Vorsitzenden des Föderationsrats, Walentina Matwijenko, vorausgegangen.⁵ Matwijenko begründete das Vorhaben damit, dass am Vorabend der Präsidentschaftswahlen „die Verstärkung der von Oppositionskräften sowie von ausländischen Einflusszentren vorbereiteten illegalen Protestaktivität möglich“ sei. Es wurde über einen Vorschlag diskutiert, wie man die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands einschränken könne. Dabei ging es vor allem um „souveräne Expertise“ der Gesetzesvorhaben, um das Schließen von Schlupflöchern, die einigen NGOs ausländische Finanzierung ermöglichen, sei es per Überweisung oder durch juristische Personen.

Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka schlug vor, dem Justizminister das Recht zu geben, Programme von NGOs zu verbieten, wenn diese als „im Gegensatz zu den Interessen des Staates stehend angesehen“ werden sowie zur Durchführung außerplanmäßiger Kontrollen der NGOs.⁶ Außerdem forderte er, die „Liste der Gründe für die Nicht-Anerkennung von NGOs als unerwünscht zu erweitern sowie gesetzlich zusätzliche Anforderungen an die Programme ausländischer Finanzierung solcher Organisationen mit klaren Angaben über die Ziele, das Territorium der Anwendung und die Teilnehmer“ zu stellen. An dem Hearing nahmen außer dem Generalstaatsanwalt auch Vertreter der Machtministerien und der Geheimdienste teil. Russische Experten befürchten, dass bei der bevorstehenden Wahlkampagne das Thema „Kampf mit dem äußeren Feind“ eine Rolle spielen wird.

Der Vorsitzende des „Rats für Außen- und Verteidigungspolitik“ (russ. abgekürzt SWOP) und Chefredakteur der Zeitschrift „Rossija w globalnoj politike“ („Russland in der globalen Politik“) – als russisches Gegenstück zu „Foreign Affairs“ gedacht –, Fjodor Lukjanow, setzte sich am 13. Juni in der Zeitung „Kommersant“ mit der

³ <http://carnegie.ru/commentary/71277>

⁴ <http://www.council.gov.ru/events/news/81239/>

⁵ <https://www.kommersant.ru/doc/3325220>

⁶ <https://www.kommersant.ru/doc/3319441>



neuen Kommission des Föderationsrats auseinander.⁷ Er stellt eingangs fest, dass der Kampf gegen äußere Einflüsse zu einer weltweiten Tendenz geworden sei, bei der Washington mit seiner Suche nach „russischen Spuren“ den Ton vorgebe. Für Russland sei es lehrreich, sich den Spiegel vorzuhalten, um zu sehen, wie Paranoia aussehe, wenn sie die politische Klasse erfasst. In sensiblen Wahlkampfzeiten sei es durchaus nicht absurd, nach äußeren Einflüssen zu fragen. Lukjanow hält fest, dass es erstens in den internationalen Beziehungen immer Konkurrenz und Versuche gebe, die Gegenseite zu beeinflussen. Und zweitens verschwimmen in der heutigen Welt der Kommunikation und Interdependenz die Grenzen zwischen inneren und äußeren Faktoren.

Allerdings gebe es bei aller Parallelität zwischen Moskau und Washington einen wichtigen Unterschied: Die USA haben sich auch in Zeiten der „Hexenjagd“ – er meint unter Senator McCarthy Anfang der 1960er Jahre – nie von der Welt isoliert. Als Großmacht basiert ihre Stärke auf ihrem internationalen Einfluss und der eigenen Anziehungskraft. Auch wenn der amerikanische Präsident Donald Trump jetzt die Spielregeln ändern will, bedeutet das nicht Abschottung von der Welt. Russlands Einbindung in internationale Beziehungen erfolgt stets nur durch militärische Stärke und Rohstoffreichtum. Doch intellektueller, technologischer und wirtschaftlicher Aufschwung ist nur unter Einbindung möglich, Isolation und Autarkie führen zu Schwäche und Rückständigkeit. Mit Blick auf die USA sollte Moskau bedenken, dass es keine Sicherung gibt, die Russland davor bewahrt, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Rechnungskammerpräsidentin bezweifelt Prognosen des Haushaltsergänzungsgesetzes

In ihrer Rede auf der Plenarsitzung der Staatsduma am 9. Juni 2017 bezweifelte die Vorsitzende der Rechnungskammer – der russische Rechnungshof –, Tatjana Golikowa, die Wirtschaftsprognosen, die dem Haushaltsgesetz für 2017 und dem Planungszeitraum von 2018 und 2019 zugrunde liegen.⁸ Das Haushaltsgesetz 2017, das 2016 beschlossen worden ist, geht für 2017 von einer Wachstumsannahme von 0,6 % aus. Nun wird ein Wachstum von 2 % angenommen. Die russische Statistikbehörde ROSSTAT stellte für das I. Quartal 2017 allerdings ein Wirtschaftswachstum von nur 0,5 % fest. Um das für 2017 erwartete Wirtschaftswachstum von 2,0 % zu erreichen, müsste die Wirtschaft in diesem Jahr vom II. bis zum IV. Quartal, um mehr als 2,0 % wachsen. Tatjana Golikowa meinte, dass diese Beschleunigung des Wirtschaftswachstums unter den aktuellen Bedingungen „extrem schwer“ zu erreichen sein dürfte.

Die Prognose geht ferner davon aus, dass die Zahl der Bürger, die unter der Armutsgrenze leben, im genehmigten Budget von 13,9 % um einen Prozentpunkt auf 12,9 % fallen wird. Von Januar bis April 2017 sank das real verfügbare Einkommen um 2,2 %. Zudem sind die Renten im Februar, März und April real etwas niedriger als im jeweiligen Vorjahresmonat. Der Rückgang der realen Verbraucherausgaben betrug in den ersten vier Monaten dieses Jahres 1,4 %, während die Regierungsprognose von einem Anstieg in diesem Jahr von 1,9 % ausgeht.

Konkurrierende Entscheidungszentren Innenpolitik?

Für die Entscheidungsfindung im Bereich der russischen Innenpolitik ist der Erste Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, Sergej Kirijenko, zuständig. In letzter Zeit – so analysierte am 8. Juni 2017 die Leiterin der Analyseabteilung des „Zentrums für politische Technologie“ Tatjana Stanowaja – bildet sich dafür ein

⁷ <https://www.kommersant.ru/doc/3324115>

⁸ <http://www.ach.gov.ru/structure/golikova-tatyana-alekseevna/speeches/30398/>



zweites Fenster in der Staatsduma.⁹ Der neue Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, war vorher bis Oktober 2016 der Amtsvorgänger Kirijenkos gewesen. Er übergab seinem Amtsnachfolger nicht wirklich die Zuständigkeit für die Systemparteien, die gesellschaftlichen Organisationen sowie die kremllorientierten Politologen und Soziologen. Ein Jahr vor der Präsidentenwahl beginnt demnach die politische Vertikale in zwei Teile zu zerfallen.

In der Hierarchie des russischen Machtsystems kontrolliert der Erste Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration das Parlament, die Systemparteien, die kremllfreundlichen gesellschaftlichen Organisationen sowie den Pool der kremllloyalen Politologen und Soziologen. Er überlegt die Ideologie, korrigiert sie und bestimmt Ausnahmen und Freiheiten.

Wolodin ist seit Januar 2017 zugleich Mitglied des Büros des Höchsten Rats der Machtpartei „Einiges Russland“. Ein Drittel der 19 Mitglieder dieses Büros, also des Präsidiums des Höchsten Rats, sind Wolodin-Leute. Sie haben nach dem Wechsel von Wolodin von der Präsidialadministration an die Spitze der Staatsduma ihre Schlüsselpositionen nicht verlassen. Ein Drittel der Präsidiumsmitglieder betreibt demnach eine Politik im Sinne des Staatsdumavorsitzenden. Diese Struktur leitet der Sekretär des Höchsten Rats, Sergej Newerow, auch ein Mann Wolodins. Das Zentrale Exekutivkomitee von „Einiges Russland“ leitet Wladimir Burmatow, ebenso ein Wolodin-Protegé.

Wolodin bemüht sich, den Einfluss der Präsidialadministration auf die Annahme von Entscheidungen durch die Staatsduma zu begrenzen. Er orientiert das Parteiensystem auf die Staatsdumaführung um. So wurde berichtet, dass Beamten der Präsidialadministration der Zugang zu Sitzungen der Staatsdumaführung begrenzt wurde. Auf den Posten des Vertreters der Präsidialadministration bei der Staatsduma versuchte Wolodin den ehemaligen Leiter des Apparats der Gesellschaftlichen Kammer, Sergej Smirnow, zu setzen. So etwas wäre bei einem anderen Staatsdumavorsitzenden nicht vorstellbar gewesen.

Wolodin verschärft den Konflikt, so erhöht er sein politisches Gewicht und das Gewicht der Staatsduma. Er versucht bei der Präsidialadministration eine Einflussosphäre zu gewinnen als ob sie normalerweise zu ihm gehört. Das „Institut für sozio-ökonomische und politische Studien“ (russ. abgekürzt ISEPI) unter Leitung von Dmitrij Badowskij, das bisher die Denkfabrik der Präsidialadministration war, arbeitet jetzt mit dem Parlament. Damit signalisiert Wolodin, dass das politische Zentrum jetzt im Parlament ist. Die Adressaten dieses Signals sind Putin, Akteure der Elite und einflussreiche lokale Gruppen.

Wolodin vermittelte in politischen Fragen. So veranstaltete er in der Staatsduma eine Anhörung zum in Moskau sehr umstrittenen gewaltigen Programm für den Abriss von 4.600 Fünf-Etagen-Häusern, die unter dem damaligen KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow 1957 in Fertigbauweise massenhaft gebaut worden waren („Chruschtschowki“), um so damals einigermaßen der Wohnungsnot in der sowjetischen Hauptstadt Herr zu werden. Mehr als eine Million Moskauer sollen nun umgesiedelt werden mit Kosten von schätzungsweise 3,5 Bill. Rubel (55 Mrd. €). Gegen die Abrissaktion protestierten in Moskau Mitte Mai auf der Straße 20.000 Personen. Der Moskauer Oberbürgermeister Sergej Sobjanin bedankte sich dann bei der Staatsduma, faktisch bei Wolodin, dass er durch die Anhörung die Spannungen von dem Gesetzesprojekt über den Abriss der Häuser genommen habe. Mit diesen Problemen hätte sich eigentlich der innenpolitische Block der Präsidialadministration befassen müssen oder zumindest als nicht wichtig einstufen können, aber nicht von einer anderen

⁹ <http://carnegie.ru/commentary/71176>

parallelen Struktur behandeln lassen dürfen. An der Abstimmung über den Abriss der Häuser beteiligten sich laut Mitteilung des Moskauer Bürgerforums vom 19. Juni 2017 71,6 % der Anwohner, 90 % stimmten dafür. Am 1. Juli 2017 unterzeichnete Putin Gesetz über den Abriss der Häuser und die Umsiedelung ihrer Bewohner.

Die Aktivität Wolodins und Expansion der Staatsduma auf die traditionellen Kontrollfelder der Präsidentialadministration war nur möglich, weil das Kommando Kirijenkos einen kontemplativen Stil für seine Arbeit wählte. In der Logik des Systems liegt es, dass der neue Kurator des innenpolitischen Blocks schnell die Leute des bisherigen Kurators in den Parteien, im Parlament, bei den loyalen gesellschaftlichen Organisationen durch seine Leute ersetzt. Die Veränderungen an der Staatsdumaspitze wurden von der Präsidentialadministration lange Zeit nicht wirklich bemerkt. Ein zuverlässiger Think-Tank – ein unverzichtbares Attribut des innenpolitischen Blocks in der Präsidentialadministration – wurde in Form des „Experteninstituts für soziale Studien“ (russ. abgekürzt ESSI) erst im Mai gebildet.

Regionale Eliten, die aus der Präsidentialadministration keine klaren Richtlinien erhalten, sind es nicht gewohnt, unter solchen Bedingungen zu arbeiten, und der vertikale Aufbau schlägt solche Freiheit auch nicht vor. Die Beamten und Politiker vor Ort empfinden Nostalgie nach der Wolodin-Zeit, als alles klar und verständlich war. Die Abgeordneten und die Experten sind dem Staatsdumavorsitzenden gegenüber loyal und die Spieler vor Ort handeln schnell im Geiste Wolodins. In Zukunft wird es mehr heiße Konfliktpunkte geben. Der innenpolitische Block bezog genügend Positionen, dafür den Staatsdumavorsitzenden zu gewinnen wird schwieriger. In den Zeiten, in denen zwei Machtzentren sichtbar werden, wirkt auf die politischen Spieler das Dominierende, sie werden sich auf diejenige Konfliktseite schlagen, die sich durchsetzt.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Juli 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 98 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider